

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Anna Katharina Hanusch (KV München)

Titel: **München wird UmBau- und Flächenkreislauf-Stadt**

Antragstext

1 Um die Ziele eine klimaneutralen und einer klimaresilienten Stadt zu folgen
2 müssen in München Flächen entsiegelt statt versiegelt werden und Gebäudesubstanz
3 mit der gespeichertem Energie erhalten, umgenutzt und umgebaut werden.

4 Die Stadt München soll sich daher das Ziel setzen, dass der komplette Abbruch
5 von Gebäuden zur Ausnahme wird. Wir müssen das Instandhalten, Ertüchtigen und
6 Um- und Weiter-Bauen möglichst ohne zusätzliche Flächenversiegelung vor den
7 Neubauten priorisieren.

8 Die Bedarfe einer sich verändernden und auch noch wachsenden Stadt sollen im
9 Schwerpunkt durch die Überplanung von bereits versiegelten und bebauten Flächen
10 mit einer neuen Nutzungsmischung und höherer Dichte, sowie mehr
11 Versickerungsfläche durch Entsiegelung und mehr Begrünung gedeckt werden. Das
12 größte Potential liegt hier bei Verkehrs- und Gewerbeflächen, aber auch in
13 bestehenden Wohnquartieren.

14 Um den Außenbereich zu schützen, müssen unsere Städte dichter und kompakter
15 werden. Bei diesen Überplanungen gilt der Grundsatz Defizite im Quartier
16 auszugleichen, bestehende Qualitäten zu stärken und neue zu schaffen. Eine
17 höhere Bau- und Nutzungsdichte funktioniert nur bei gleichzeitiger Verbesserung
18 der Wohn-, Arbeits- und Lebensqualität durch Ergänzung fehlender oder

19 mangelhafter Infrastruktur durch passende Quartierskonzepte. (Freiraum, Energie,
20 Mobilität, Biodiversität, Soziales, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft etc.)

21 Nicht jede Nutzung passt in jedes Gebäude, aber anstatt sie durch Abbruch und
22 Neubau passend zu machen, sollte alternativ für diese Nutzung dann ein anderes
23 möglichst schon bestehendes Gebäude gefunden werden. Um die Versiegelung von
24 zusätzlichen Flächen auf ein Minimum zu reduzieren muss auch hier das
25 Kreislaufprinzip angewandt werden, dass möglichst kein Gebäude und keine Fläche
26 leer oder schlecht genutzt zurücklässt, sondern sie für neue Bedarfe immer
27 wieder in den Kreislauf einspeist und anpasst.

28 Die Grünen setzen sich daher auf Bundes- und Landesebene für folgende Punkte
29 ein:

- 30 • schnelle Anpassung der Muster- und Landesbauordnung im Sinne einer
31 „Umbauordnung“
 - 32 ◦ Erleichterungen bei Vor- und Dachaufbauten und Abstandsflächen für
33 Umbauvorhaben bei gleichzeitigem Nachweis der Verbesserung der
34 Freiraumqualitäten durch Verankerung von
35 Freiflächengestaltungsplänen.
 - 36 ◦ Genehmigungsfreiheit von Abbrüchen beenden und Berücksichtigung der
37 baukulturellen Folgen und ökologischen Kosten bei der Bewertung von
38 Abbrüchen
 - 39 ◦ mehr Flexibilität beim Erhalt des Bestandsschutzes bei Umbauvorhaben
40 durch Anerkennung der technischen Anforderungen zum
41 Entstehungszeitpunkt eines Bestandsgebäudes
 - 42 ◦ Nachweis über die Kreislauffähigkeit von Gebäuden als Voraussetzung
43 im Genehmigungsverfahren
 - 44 ◦ Schaffung von Innovationsklauseln für die Nutzung von alternativen
45 Baumaterialien, Sonderformen bei Umbauten oder flexiblen
46 Nutzungskonzepten. Das betrifft z.B. auch alternative und temporäre
47 Wohnformen.
- 48 • Gezielte Anpassung und Ergänzung der Städtebauförderung auf den Erhalt und
49 die Qualifizierung von Bestandsgebäuden und Quartiersstrukturen
- 50 • Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für den Bestandserhalt und Umbau
51 gegenüber dem Neubau und konsequente Berücksichtigung der
52 Lebenszykluskostenbetrachtung durch Rechnungshöfe und Vergabestellen

53 Die Grünen setzen sich auf Stadtratsebene dafür ein, dass ab sofort alle bereits

54 möglichen Hebel eingesetzt werden, um auch im privaten Bausektor den
55 Bestandserhalt zu stärken sowie die Aktivierung von zur Umnutzung und
56 Verdichtung geeigneter Flächen anzustoßen mit folgenden Einzelmaßnahmen:

- 57 • UmbauBeratung in der Lokalbaukommission und dem Bauzentrum stärken durch
58 Öffentlichkeitsarbeit, Information und Schulung der Mitarbeitenden.

- 59 • Prüfung von einer Satzung um den Genehmigungsfreien Abbruch für
60 Bestandsquartiere einzuschränken.

- 61 • Überprüfung und Ergänzung der in von der Stadtverwaltung angewandten
62 Bewertungskriterien Erhalt versus Abbruch mit Berücksichtigung der
63 Lebenszykluskosten und CO2-Auswirkungen für städtische Bauvorhaben und die
64 der städtischen Töchter.

- 65 • Anpassung der Stellplatzsatzung mit einer Flexibliäts-Regel bei
66 Umnutzungen und Umbauten mit Bestandserhalt. Bei Vorlage von eigenen
67 Mobilitätskonzepten oder Beteiligung an Quartiers-Mobilitätskonzepten kann
68 auf den Bau von neuen Stellplätzen verzichtet und dieser abgelöst werden,
69 sodass die Errichtung von Kfz-Stellplätzen auf ein Minimum beschränkt wird
70 und die Errichtung von zusätzlichen Autostellplätzen keine zwingende
71 Bedingung ist.

- 72 • Priorisierung von Varianten mit hohem Bestandserhalt bei der Beurteilung
73 von Befreiungen und Ausnahmen in bestehenden Bebauungsplänen

- 74 • Prüfung welche Anreize und Erleichterungen gewährt werden können um
75 Nutzungsänderungen zu ermöglichen, insbesondere bei der Umwandlung in
76 Wohnungsnutzung.

- 77 • Integration der Darstellung der Flexibilität und Langlebigkeit von
78 Gebäuden als festes Kriterium in Vergabeverfahren und Planungswettbewerben

- 79 • Stärkung der Anreize für flächensparende Wohnformen z.B. mit flexibel
80 anpassbare Grundrisslösungen und Bündelung von Nutzungen die
81 gemeinschaftlich genutzt werden auf Haus- und Quartiersebene in allen
82 städtischen Vergabeverfahren und Wettbewerben

- 83 • Stärkung und Unterstützung von Flächen-Tauschprogrammen - für Wohnungen,
84 Gewerbeflächen oder Bestandsgebäuden auf Quartiers- und Stadtebene.

- 85
- Schaffung eines transparenten niedrigschwellig zugänglichen digitalen Potenzial- und Leerstandskataster
- 86
- 87
- Durchführung weiterer Rahmenplanungen zur Aktivierung der Umwandlungen von Gebieten mit reiner Gewerbenutzung nach Vorbild der Wasserburger Landstraße, Frankfurter Ring, sowie des EuroParks. Wenn möglich auch im Rahmen einer Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für die Innenentwicklung.
- 88
- 89
- 90

Begründung

Links:

Umbauordnung A4F: <https://drive.google.com/file/d/1Ja1oNcvEnmHqy1rMnXr7085-ENE4IGIO/view>

Bündnis für Bezahlbaren Wohnraum:

https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen-/wohnen/buendnis-wohnraum/20221012-buendnis-massnahmen.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Unterstützer*innen

Daniela Stelzer (KV München), Martin Züchner (KV München), Dieter Janecek (BV KPV Bayern), Verena Matzner (KV München), Christian Hartranft (KV München), Heidi Schiller (KV München), Angelika Pilz-Strasser (KV München), Bernadette Julia Felsch (KV München), Renate Spannig (KV München), Fabian Norden (KV München), Johannes Reichel (KV München), Florian Schönemann (KV München), Ursula Harper (KV München), Alexandra Nürnberger (KV München), Mona Fuchs (KV München)